

01.09.09

Mehr Einflussmöglichkeiten für junge Menschen 2

Antrag:

Der Oberbürgermeister wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass das Rede- und Antragsrecht auf Bürgerversammlungen auf 14 Jahre herabgesetzt wird.

Begründung:

Bürgerversammlungen werden heute nur selten von jüngeren Menschen besucht. Kinder und Jugendliche sind so gut wie nie zu sehen. Dies kann daran liegen, dass sie keine Mitsprachemöglichkeit haben. Wenn ein Jugendlicher/eine Jugendliche wirklich kommt und sein/ihr Anliegen vorbringen will, muss er/sie zunächst einen Volljährigen gewinnen, der bereit ist, den Antrag zu stellen. Dies wirkt sich nicht förderlich auf die Wahrnehmung demokratischer Rechte aus. Es ist sinnvoll, wenn junge Menschen in ihre demokratischen Rechte hineinwachsen und Schritt für Schritt mehr Mitsprache und Einflussnahme gewinnen.

Gerade auf Stadtbezirksebene gibt es viele Bereiche, in denen junge Menschen fachlich qualifiziert sind - und das bestimmt nicht erst ab 18 mit der Volljährigkeit.

Demokratie will gelernt sein, am Besten im direkten Wohnumfeld.

Fraktion B'90/Die Grünen – rosa liste

Initiative

Jutta Koller